

Tram-Fahrerin moniert Dienstpläne

Nach anonymer E-Mail kritisiert nun auch eine Beschäftigte die VGF

Frankfurt - Nach der Kritik einer anonymen Person, die sich als Straßenbahnfahrer darstellt, an den Arbeitsbedingungen im Fahrdienst der Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) hat sich eine Person aus dem Fahrdienst bei der Redaktion gemeldet, um ihrem Kollegen beizuspringen. Der Name dieser Straßenbahnfahrerin ist der Redaktion bekannt. Sie kritisiert ebenfalls, dass die VGF die Urlaubstage bei einer 31-Stunden-Woche von 25 auf 24 Tage reduziert habe - das war Teil der Tarifverhandlungen. Die Fahrerin sieht allerdings ein „Gewohnheitsrecht“, auf das Fahrerinnen und Fahrer pochen sollten.

Sie wehrt sich auch dagegen, dass die VGF in der Regel nur noch Vollzeitverträge vergibt. „Es ist nahezu unmöglich, sich aus einem 31-Stunden-Vertrag innerhalb der VGF weiter zu bewerben“, sagt sie. Die VGF sei als Arbeitgeberin verpflichtet, auch Teilzeitarbeitsplätze anzubieten. Das Teilzeitangebot stellt aus ihrer Sicht für die VGF ein Problem dar, „da viele Beschäftigte aufgrund der hohen Belastung auf Teilzeit gewechselt sind“. Sie fordert die VGF auf, die Ursachen für die hohe Belastung zu analysieren und anzugehen. Die rein rechnerische Erhöhung der Arbeitszeit von 31 Stunden auf 31,06 Stunden führt aus ihrer Sicht dazu, dass „Beschäftigte in einer 31-Stunden-Woche meistens 8,5 Stunden pro Tag arbeiten müssen“. Viele Beschäftigte gleichen die anfallende Mehrarbeit nicht in vollem Umfang aus. Der Dienstplan werde zwar zwei Wochen im Vorlauf erstellt, sagt sie, aber angekündigt gewesen seien nun einmal drei Wochen Vorschau, was private Planungen erleichtern würde. „Das wurde jedoch nur kurzfristig umgesetzt und es gab häufig Entschuldigungen, warum das aktuell nicht möglich sei.“ Betriebsbedingt seien nur fünf, zehn oder 14 Tage Vorschau machbar, habe es geheißen. Laut Betriebsvereinbarung sind jedoch schon seit langem diese 14 Tage Vorlauf vorgesehen.

Bereits vorige Woche hatte sich eine Person per E-Mail anonym an Redaktionen und Römer-Politiker gewandt und als Straßenbahnfahrer ausgegeben. Er gab vor, für viele der etwa 900 Menschen im Fahrdienst zu sprechen: „Wir sind verzweifelt.“ Im Römer reagiert nur der CDU-Stadtverordnete Frank Nagel. Der neue Tarifvertrag habe zu Verbesserungen der Arbeitszeiten und der Entlohnung geführt, sagt er. Kontinuierliche Verstöße gegen Betriebsvereinbarungen könne er sich nur schwer vorstellen. Die Beschäftigten im Fahrdienst hätten jederzeit die Möglichkeit zu Gesprächen, etwa bei den jährlich vier Betriebsversammlungen. Er bestätigt damit Angaben der VGF, die in einer ersten Reaktion auf umfangreiche Gesprächsangebote verwiesen hatte. Ebenso wies die VGF die Kritik und ungenaue Darstellungen zurück.

Nach den Unruhen im städtischen Busbetrieb, als wochenlang Busse im Frankfurter Osten nicht regelmäßig fahren, fordert Nagel Mobilitätsdezernent Wolfgang Siefert (Grüne) auf, sich „um die Belange der Arbeitnehmer bei der VGF zu kümmern“. Siefert solle darauf einwirken, dass die Führungskräfte des Verkehrsunternehmens umfangreicher kommunizieren, „damit Konflikte und Missverständnisse bei der Belegschaft vermieden werden können“. Die Bus-Ausfälle hatten nicht die VGF selbst betroffen. In Frankfurt gilt noch bis Jahresende ein Notfahrplan, weil die Krankheitsquote unter den VGF-Mitarbeiter sehr hoch ist.